

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr am Montag, 13.05.2019, 17:00 Uhr, im Rathaus II (Langendamm), Sitzungssaal, Zum Jadebusen 20, 26316 Varel.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Georg Ralle
stellv. Ausschussvorsitzender:	Raimund Recksiedler (zeitweise anwesend)
Ausschussmitglieder:	Klaus Ahlers
	Rudolf Böcker (zeitweise anwesend)
	Dirk Brumund
	Carsten Kliegelhöfer
	Malte Kramer
	Sabine Kundy
	Walter Langer
	Axel Neugebauer
	Bernd Redeker
stellv. Ausschussmitglieder:	Dr. Susanne Engstler
Ratsmitglieder:	Jost Etzold (zeitweise anwesend)
	Alexander Westerman
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
von der Verwaltung:	Wilfried Alberts (zeitweise anwesend)
	Matthias Blanke
	Olaf Freitag
	Dirk Heise
	Jörg Kreikenbohm
	Antje Schönborn
	Christian Evers (zu TOP 4.1 n.ö.)
	Jörn Haussmann (zu TOP 8.2)
	Lothar Macht (zu TOP 8.1)
	Kathrin Schmitz (zu TOP 4.1 n.ö.)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 04.02.2019
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge an den Rat der Stadt

- 5.1 Änderung der Parkgebührenordnung; Befreiung von Elektrofahrzeugen von der Parkgebührenpflicht und minutengenaue Abrechnung der Parkgebühren bei Handy-Parken
Vorlage: 106/2019
- 6 Stellungnahmen für den Bürgermeister
- 6.1 Veränderung der Fußgänger- und Radfahrerführung entlang der Dangaster Straße in Höhe der Papier- und Kartonfabrik; hier: Vorstellung der Entwurfsplanung
Vorlage: 102/2019
- 7 Anträge und Anfragen von Ausschussmitgliedern
- 8 Zur Kenntnisnahme
- 8.1 Möglichkeiten zur Mobilitätsverbesserung im ländlichen Raum; Vortrag von Herrn Lothar Macht, Arbeitskreis Mobilität - Varel
Vorlage: 101/2019
- 8.2 Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Obenstrohe, hier: Vorstellung der Planung
Vorlage: 083/2019

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Ralle eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Ralle stellt die Tagesordnung fest.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 04.02.2019

Der öffentliche Teil des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Straßen, Liegenschaften und Verkehr vom 04.02.2019 wird einstimmig genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger fragt an, ob es möglich ist, dass das Vareler Busunternehmen in den Ferien andere Fahrpläne anbietet. Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass die Personenbeförderung in die Zuständigkeit des Landkreises Friesland fällt. Er bietet dem Bürger an seine Wünsche weiterzuleiten und bittet ihn diese in einem Gespräch zu präzisieren.

5 Anträge an den Rat der Stadt

5.1 Änderung der Parkgebührenordnung; Befreiung von Elektrofahrzeugen von der Parkgebührenpflicht und minutengenaue Abrechnung der Parkgebühren bei Handy-Parken Vorlage: 106/2019

Im Rahmen der aktuellen Diskussion bezüglich Umweltbelastung aus dem Straßenverkehr und Förderung der Elektromobilität wird vorgeschlagen, für das Parken elektrisch betriebener Fahrzeuge mit entsprechender Kennzeichnung eine Gebührenfreiheit einzuführen. Zur Einhaltung der Höchstparkdauer wird die Verwendung der Parkscheibe vorgegeben. Die Gebührenbefreiung sollte bis zum 31.12.2022 befristet werden.

Mit dem Gesetz zur Bevorrechtigung der Verwendung elektrisch betriebener Fahrzeuge (Elektromobilitätsgesetz – EmoG) wird unter anderem die Bevorrechtigung entsprechender Fahrzeuge im Hinblick auf das Erheben von Gebühren für das Parken auf öffentlichen Straßen und Wegen ermöglicht. Von dieser Möglichkeit der Bevorrechtigung haben bereits viele Städte und Gemeinden Gebrauch gemacht.

Weiter ist beabsichtigt, „Park Now“ (Handyparken) für die Parkplätze im Innenstadtgebiet einzuführen. „Park Now“ ist die Möglichkeit, die Parkgebühren über das Handy zu entrichten. Diese Möglichkeit wird bereits seit dem Jahre 2018 im Ortsteil Dangast angeboten und hat sich dort bewährt. Das Angebot soll ab Mitte des Jahres 2019 für die Parkplätze im Innenstadtgebiet eingeführt werden. Die Parkgebühren über „Park Now“ werden minutengenau abgerechnet. Für diese Abrechnungsform ist eine entsprechende Regelung in die Parkgebührenordnung der Stadt Varel aufzunehmen.

Ratsherr Neugebauer fragt im Rahmen der Diskussion an, ob es auf den Vareler Parkplätzen eine Höchstparkdauer gibt. Dies wird verwaltungsseitig bestätigt.

Ratsfrau Engstler fragt an, ob die Bezahlung mit der Park Now App ein zusätzliches Angebot darstellt. Dies wird verwaltungsseitig bestätigt.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Verordnung der 5. Änderung der Verordnung der Stadt Varel über die Parkgebühren (Parkgebührenordnung) wird beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

6 Stellungnahmen für den Bürgermeister

6.1 Veränderung der Fußgänger- und Radfahrerführung entlang der Dangaster Straße in Höhe der Papier- und Kartonfabrik; hier: Vorstellung der Entwurfsplanung Vorlage: 102/2019

Die Papier- und Kartonfabrik Varel (PKV) plant die Erweiterung bzw. die Verlagerung von Betriebsparkplätzen in den Bereich zwischen Dangaster Straße und Bahnlinie. Die bisherige Gehweg- / Radwegführung auf der alten Dangaster Straße muss dafür entfallen. Ersatzweise werden auf beiden Seiten der Dangaster Straße neue Nebenanlagen einschl. Gräben, Beleuchtung und Querungshilfen geschaffen. Die PKV trägt dafür sämtliche Kosten.

Die Entwurfsplanung wird verwaltungsseitig anhand eines Planes vorgestellt (siehe Anlage).

Ratsfrau Kundy fragt an, warum weitere Parkplätze notwendig sind. Verwaltungsseitig wird hierzu ausgeführt, dass aufgrund eines neuen Bauvorhabens bestehende Parkplätze entfallen.

Ratsherr Kliegelhöfer fragt an, ob eine Kompensation für die Parkplätze erfolgen muss. Verwaltungsseitig wird hierzu ausgeführt, dass keine Kompensation zu erfolgen hat, da die Parkplätze aufgrund einer bestehenden Genehmigung und in einem Bereich nach § 34 BauGB errichtet werden.

Beschluss:

Der vorgestellten Entwurfsplanung wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

7 Anträge und Anfragen von Ausschussmitgliedern

Keine Anträge und Anfragen.

8 Zur Kenntnisnahme

8.1 Möglichkeiten zur Mobilitätsverbesserung im ländlichen Raum; Vortrag von Herrn Lothar Macht, Arbeitskreis Mobilität - Varel Vorlage: 101/2019

Herr Macht informiert anhand einer Präsentation über den Themenbereich „Mobilität im ländlichen Raum“ (siehe Anlage).

Er stellt heraus, dass im ländlichen Raum ein ungenügendes Angebot des ÖPNV vorhanden ist. Besonders betroffen sind hiervon Jugendliche und Rentner.

Durch die Einrichtung eines Rufbus-Systems könnte hier Abhilfe geschaffen werden. Im Bereich von Leer und Aurich wird ein solches System schon erfolgreich eingesetzt.

Da das Problem der unzureichenden Mobilität im ländlichen Raum noch nicht ausreichend bei den verantwortlichen Stellen in den Fokus gerückt ist, bittet er um Hilfe der Kommunen.

Die friesländischen Bürgermeister sollte die Problemstellung an den Landkreis herantragen, damit dieser sich einer Lösung annimmt. Hierzu ist es nach Meinung von Herrn Macht unumgänglich einen Fremdplaner einzubinden.

Er hofft, dass er mit seinem Vortrag die Ratsmitglieder weiter für dieses Thema sensibilisieren konnte, und es nun zu einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit kommt. Er bietet in diesem Zusammenhang auch die Unterstützung mit Informationen und Erfahrungen an.

Weitere Möglichkeiten sich über das Thema Rufbus zu informieren, sind am Ende der Präsentation zu entnehmen.

Ratsherr Brumund fragt nach, was man sich unter dem Konzept eines Bürgerbusses vorzustellen hat. Herr Macht erläutert, dass hier ein Kleinbus für etwa 9 Personen angeschafft wird. Dieser Bus wird dann von ehrenamtlichen Fahrern im Rahmen des ÖPNV betrieben. Für die Fahrgäste fallen die Kosten wie im sonstigen ÖPNV an.

Herr Macht erläutert auf Nachfrage von Ratsfrau Kundy, dass bei einem Rufbus die örtlichen Bus- und Taxiunternehmen eingebunden werden. Der Fahrpreis richtet sich nach den ÖPNV Vorgaben. Der Unterschiedsbetrag zum normalen Fahrpreis der Unternehmen wäre durch die öffentliche Hand auszugleichen.

Ratsfrau Engstler fragt im Rahmen der Diskussion zur Mitfahrerbank an, wie Teilnehmer z.B. von Obenstrohe nach Varel kommen. Herr Macht antwortet hierzu, dass dies einfach durch Hochhalten des Vertrauensausweises erfolgt. Eine extra Bank ist nicht notwendig, da das Fahrziel der Fahrer aus Obenstrohe in den meisten Fällen Varel lautet.

8.2 Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Obenstrohe, hier: Vorstellung der Planung

Vorlage: 083/2019

Herr Hausmann vom Architekturbüro Kapels stellt die Entwurfsplanung für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Obenstrohe einschließlich der Außengestaltung anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage).

Er weist darauf hin, dass das Architekturbüro 2 Varianten ausgearbeitet hat. In Variante 1 wurde die vorhandene Linde als zu erhalten angesehen; in Variante 2 wurde eine Entfernung des Baumes einbezogen.

Beide Varianten fußen auf dem Raumkonzept, dass mit der Feuerwehr Obenstrohe erarbeitet wurde.

Im Vorfeld wurde das Raumkonzept der Feuerwehr den Ratsvertretern vorgestellt.

Herr Hausmann stellt dar, dass beide Varianten in etwa die gleichen Kosten verursachen. Diese belaufen sich auf rund 3 Mio. Euro.

Ratsherr Brumund weist hinsichtlich der Dachausführung darauf hin, dass seiner

Meinung nach zu viele bituminöse Dächer gewählt wurden. Diese Ausführung wird in der Zukunft zu großem Unterhaltungsaufwand führen. Er favorisiert Dächer mit einer entsprechenden Dachneigung. In diesem Zusammenhang weist er des Weiteren darauf hin, dass ein Regenwasserabfluss über eine Attika ebenfalls zu hohem Unterhaltungsaufwand führt. Er spricht sich insofern auch hier für eine Überarbeitung der Planung aus. Abschließend weist er darauf hin, dass die geschätzten Kosten über den vorhandenen Haushaltsmitteln von 2,5 Mio Euro liegen.

Ratsherr Etzhold fragt nach, ob auch über ein Gründach nachgedacht wurde. Herr Hausmann antwortet hierzu, dass eine solche Dachform aufgrund der höheren Kosten nicht berücksichtigt wurde.

Im Rahmen der weiteren Diskussion wird von verschiedenen Ausschussmitgliedern die Meinung von Ratsherrn Brumund unterstützt. Zudem wird nachgefragt, ob eine Kostenreduzierung möglich ist. Herr Hausmann führt aus, dass sich die Planung auf das abgestimmte Raumkonzept der Feuerwehr gründet. Eine signifikante Kostenreduzierung kann nur über eine Reduzierung der Flächen erreicht werden.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass aufgrund des heute zu kleinen Feuerwehrgerätehauses in Obenstrohe eine Raumkonzeption erarbeitet wurde, die für die nächsten 30-40 Jahre ausreichend sein sollte. Dieses Konzept wurde interessierten Ratsmitgliedern vorgestellt und bildet die Grundlage der jetzigen Planung.

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, dass dargelegt wird, wie die Änderungen des damaligen Raumkonzeptes zur heutigen Planung aussehen. Zudem sollte dargestellt werden, wie sich die allgemeine Preissteigerung auf die Kostenschätzung ausgewirkt hat.

Die Vorschläge von Ratsherrn Brumund sollten überprüft und in der Planung berücksichtigt werden.

In der nächsten Sitzung des Ausschusses soll dann erneut über die Entwurfsplanung diskutiert werden.

Zur Beglaubigung:

gez. Georg Ralle
(Vorsitzende/r)

gez. Matthias Blanke
(Protokollführer/in)